

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 1. März 1983, Vormittag

Mardi 1^{er} mars 1983, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Eng

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Morgen. Einen ganz besonders schönen Festtag wünsche ich Herrn David Linder, der heute seinen 60. Geburtstag feiert.

81.062

Grundstückwerb durch Ausländer und Ausverkauf der Heimat. Bundesgesetz und Volksinitiative Acquisition d'immeubles par des étrangers et bradage du sol national. Loi fédérale et initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 124 hiervoor – Voir page 124 ci-devant

Rüttlimann: Das Abwehrdispositiv, das den übermässigen Verkauf des Schweizer Bodens an Ausländer zurückdämmen soll, besteht nun seit mehr als zwei Jahrzehnten. Da der Druck auf die Sachinvestitionen in dieser Zeitperiode aus bekannten Gründen wie nie zuvor anhielt und der Wohlstand vielen Leuten im In- und Ausland nicht nur eine Zweit-, sondern auch eine Dritt- oder Viertwohnung ermöglichte, steigerte sich der Kampf um den kargen, unvermehrten Schweizer Boden beinahe ins Utopische. Diese Tatsache beunruhigt zu Recht viele besorgte Schweizer, und zwar entspringt diese echte Besorgnis verschiedenen Beweggründen.

Die Überfremdung unseres Bodens zum ersten. Auf den ersten Blick kann man in guten Treuen die Auffassung vertreten, es sei nun des Guten genug, und ein kompromissloser Stopp des Grundstückverkaufs an Ausländer sei anzustreben oder am besten gleich zu verfügen, wie dies die Initiative der NA will. Doch diese «Rosskur» – wie sie gestern verschiedentlich genannt wurde – entspricht nicht gut schweizerischen Gepflogenheiten. Schocktherapien haben sich in unserer Demokratie noch nie als glücklich erwiesen. Denn es gibt natürlich auch eine andere Sicht, nämlich die der touristischen Berggebiete. Der Grundstückhandel und die damit einhergehende Bautätigkeit haben unseren Bergkantonen und Randgebieten eine willkommene Wirtschaftsankurbelung gebracht. Ja, wir wurden sogar in der Kommission von den Kantonen her beschworen, die Bauwirtschaft und ihre Zulieferindustrie werde auf einen Schlag zusammenbrechen. Damit könnten mühsam aufgebaute Arbeitsplätze in der Luft hängen. Oder – so tönte es ebenfalls –: Wo nehmen die Unterlandkantone und ihre Bevölkerung das Recht her, die Verkäufe an Ausländer im Berggebiet zu unterbinden, während sie selber laufend solche tätigen, um Betriebsstätten mit Arbeitsplätzen nicht eingehen zu lassen? Das ist in kurzen Zügen gezeichnet der Hintergrund, vor dem wir uns bewegen und vor dem wir eine Lösung des Problems suchen müssen.

Wie alles in der Politik, haben wir auch hier zwei Seiten zu berücksichtigen, und es ist nicht leicht, das richtige Mass zu finden. Die Talbevölkerung und mithin die Mehrheit des Schweizervolkes ist ernsthaft besorgt: nicht nur wegen des

Verkaufs an Ausländer allein, sondern auch wegen der drohenden Verstärkung der Berggebiete, ohne dass ich hier die schlechten Beispiele wieder heranziehen möchte. Andererseits steht es der gleichen Talbevölkerung wohl nicht zu, an der wirtschaftlichen Entwicklung, die sie selbst vorgezeichnet hat, die Bergbevölkerung nun plötzlich nicht teilnehmen zu lassen. Wie kommen wir nun aber aus diesem Dilemma heraus? Zweifellos ist die NA-Initiative in ihrer Absolutheit nicht die Lösung. Sie würde bedeuten, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet würde. Der Verkauf an Ausländer muss aber drastisch eingeschränkt und in den Griff genommen werden. Darin sind wir uns wohl weitgehend einig. Einige Gemeinden, vorab im Kanton Graubünden, haben dies übrigens selbst erkannt und in souveränen Beschlüssen einen Bewilligungsstopp verfügt. Was nützt es schlussendlich, Arbeitsplätze und Beschäftigung zu erhalten und zu verteidigen, wenn sich die junge ansässige Bergbevölkerung wegen der horrenden Grundstückspreise nicht mehr ansiedeln kann? Man könnte auch mit dem Evangelisten sprechen und sagen: «Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, aber Schaden leidet an seiner Seele?»

Der Grundstückwerb durch Ausländer stellt aber nicht ein isoliertes Problem dar. Es muss mit unserem Bodenrecht ganz allgemein und dem Grundstückhandel im ganzen Land betrachtet werden. Wir müssen uns mehr bewusst sein, dass Boden nicht einfach eine Handelsware ist, dass wir ihn nicht einfach nach Bedarf zu vermehren imstande sind. Wir sollten ihm mit mehr Ehrfurcht begegnen. Zu lange und zu oft wurde er als Mittel zum Zweck missbraucht. Auch im Erholungs- und Touristikgebiet war dies der Fall, als Mittel zur touristischen Ankurbelung, zur Entwicklung um jeden Preis. Ich glaube daher, dass wir gut daran tun, uns auf die hohe Bedeutung von eigenem Grund und Boden zu besinnen. Die vorgeschlagene Gesetzfassung mit den Restriktionen ist ein gangbarer Weg hierzu. Hoffen wir, dass die Kantone und Gemeinden ihrerseits das Gesetz noch zurückhaltender anwenden.

Ich bitte Sie daher, auf den Gesetzentwurf einzutreten, die Volksinitiative und die Rückweisungs- und Nichteintretensbeschlüsse abzulehnen.

M. Delamuraz: Je vous livre tout d'abord deux réflexions de fond.

Pour ce qui est de l'initiative populaire «contre le bradage du sol national», je constate que les circonstances d'aujourd'hui pourraient bien lui apporter des appuis inattendus. Je veux parler de la crainte diffuse qu'engendrent les conditions économiques du moment et dont on tire des conséquences point toujours logiques. Je veux parler aussi de l'agacement ressenti, en situation de pénurie de logements, à la vue des volets fermés de ces appartements de vacances qu'on occupe au plus un mois par an. Quoi qu'il en soit, il faut combattre cette initiative à cause de son schématisme, à cause des propositions excessives qu'elle contient, à cause aussi et surtout de notre volonté de maintenir la vitalité d'économies locales, notamment en région de montagne, vitalité qu'on doit partiellement à l'implantation de bâtiments appartenant à des étrangers. Mais je ne parle pas seulement de ces économies locales montagnardes; je parle aussi de l'économie suisse en général car on a fortement tendance à oublier ce qu'a signifié en retombées économiques bénéfiques et en emplois pour l'industrie suisse cette activité-là, il faut le dire.

J'en viens à ma deuxième réflexion fondamentale. Dans le domaine de l'acquisition d'immeubles par des étrangers sur notre territoire, on a enregistré pendant de très longues années des prises de position nuancées, différenciées, voire des oppositions de principe à l'intérieur du pays, principalement entre les cantons dits touristiques et alpins – Grisons, Tessin, Vaud, Valais – et les cantons moins touchés par la présence de résidents étrangers sur leur territoire.

Je considère que l'application de la loi telle qu'elle était présentée à l'origine par le Conseil fédéral aurait contribué à

Mitteilungen des Präsidenten

Communications du président

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.03.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	141-141
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 257

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.